

Protokoll

19. Sitzung des Rates

Sitzungstermin: Dienstag, 17.12.2024
Sitzungsbeginn: 18:42 Uhr
Sitzungsende: 19:43 Uhr
Ort: Ratssaal, Hasestraße 11, 49565 Bramsche

Anwesend:

Bürgermeister

Herr BGM Heiner Pahlmann

Vorsitzender

Herr Winfried Müller

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Helmut Bei der Kellen

Herr Ralf Bergander

Herr Stephan Bergmann

abwesend ab 19:28 Uhr

Herr Karl-Georg Görtemöller

Herr Ulrich Holstein

Frau Ute Johanns

Herr Thorsten Karssies

Herr Richard Keib

Herr Jürgen Knölker

Herr Christian Lübbe

Frau Anette Marewitz

Herr Oliver Neils

Herr Lars Rehling

Herr Josef Riepe

Frau Silke Schäfer

Mitglieder FDP-Fraktion

Frau Anette Staas-Niemeyer

Frau Anke Wittemann

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Gert Borcharding

Frau Monika Bruning

Herr Jan-Gerd Bührmann

Herr Heiner Hundeling

Frau Imke Märkl

Herr Andreas Quebbemann

Herr Ernst-August Rotherth

Herr Matthis Waldkötter

Mitglieder Fraktion B 90/Die Grünen

Herr Robert Goda

Herr Jens Kerntopf

Frau Barbara Pöppe

Herr Matthias Reyl

Herr Dieter Sieksmeyer

Sonstige Mitglieder gem. § 5 (2) HS

Frau ESTR'in Sonja Glasmeyer

Mitglied AfD

Herr Mark Mecklenburg

Verwaltung

Herr BD Christian Müller

Herr Udo Müller

Herr Volker Nowak

Protokollführerin

Frau Bianca Rimann

Abwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Dr. Harald Wegner

Mitglieder FDP-Fraktion

Herr Hendrik Westerhaus

Mitglieder CDU-Fraktion

Frau Silke Kuhlmann

Herr Oliver Reyle

Mitglieder Fraktion B 90/Die Grünen

Frau Miriam Thye

Mitglied Die Linke

Herr Jürgen Holz

Tagesordnung:

ÖFFENTLICHER TEIL:

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
- 3 Bericht des Bürgermeisters
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für steckerfertige Photovoltaikanlagen (Balkonsolarmodule/Balkonkraftwerke) für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bramsche. WP 21-26/0535-2
- 6 Entwicklungskonzept Gartenstadt WP 21-26/0601
- 7 Beantwortung von Anfragen
- 8 Anfragen und Anregungen
- 9 Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

RV Müller begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

RM Quebbemann macht den Vorschlag, den Tagesordnungspunkt „Ergänzung und Feststellung der Tagesordnung“ zukünftig auch unter dem nicht öffentlichen Teil abzuhandeln.

Des Weiteren wird von ihm bemängelt, dass der Tagesordnungspunkt 6 „Entwicklungskonzept Gartenstadt“ nicht in den Fachausschüssen behandelt worden sei. RM Quebbemann beantragt, dass der Tagesordnungspunkt 6 zuerst im Ortsrat und dann im Fachausschuss beraten werden soll.

BD Müller macht darauf aufmerksam, dass die Beschlussvorlage nicht im Fachausschuss behandelt werden muss und sie schnell in die Erarbeitung gebracht werden sollte.

RV Müller lässt über dem o.g. Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

10	Stimmen dafür
18	Stimmen dagegen
5	Enthaltungen

TOP 3 Bericht des Bürgermeisters

./.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin hat eine Frage zu dem Ratsbeschluss vom 05.12.2024, warum die notwendigen Mittel für den Bauabschnitt zwei und drei für den Kindergarten St. Martinus im Haushaltsplan 2025 nicht mit eingeplant worden seien. Es sei der Anschein entstanden, dass durch die Erneuerung der Elektrik der zweite und dritte Bauabschnitt entbehrlich sei. Es sei in zwei Jahren Vorbereitung mit der Stadt abgeklopft worden, welche Maßnahmen nach den NKiTaG dringend erforderlich seien, um den annähernden Standard einer modernen KiTa zu erfüllen. Es ginge nur um Basisnotwendigkeiten, wie die Sicherheit für die Kinder und Erzieherinnen. Sie fragt, ob es der Stadt bekannt sei, dass die KiTa weit von dem Stand entfernt sei, bei dem eine neue KiTa eine Betriebserlaubnis – Bestandschutz hin und her - bekäme? Sie fragt, ob die die Stadt bestätige, dass der KiTa-Träger nie in der Lage war auf einen zweiten oder dritten Bauabschnitt zu verzichten und ob bekannt sei, dass die Baumaßnahmen, die dringend erforderlich seien, durch die jetzige Ablehnung nur verschoben seien.

RM Quebbemann führt aus, dass er die Frage auch als Frage an die Fraktionen verstanden habe und die Möglichkeit der Beantwortung sei in der Geschäftsordnung ausdrücklich vorgesehen. Er stimmt der Bürgerin zu und betont, dass die CDU dies im Abstimmungsverfahren auch zum Ausdruck gebracht habe. Er hält es für falsch, KiTas als Einsparpotenziale zu sehen.

RM Neils macht den Vorschlag gegenüber der Bürgerin, sich im neuen Jahr zu einem gemeinsamen Gespräch zu treffen.

Eine Bürgerin weist die Ratsmitglieder darauf hin, dass die von der Stadt für den ersten Bauabschnitt bereitgestellten Mittel bei weitem nicht ausreichend gewesen seien. Die Kirchengemeinde sehe den Sanierungsbedarf als so dringend an, dass sie erhebliche Anstrengungen unternommen habe, um die Kosten zu senken und eigene Mittel aufzubringen. Sie fragt, ob es der Stadt bewusst sei, dass die Kirchengemeinde viele Monate auf das Gemeindehaus verzichtet habe, um es der KiTa zur Verfügung zu stellen und somit Kosten für Containermiete eingespart worden seien und darüber hinaus das Gemeindehaus als KiTa in Eigenregie ertüchtigt worden sei (Klemmschutz, Podest für die Toiletten).

Eine Bürgerin macht den Rat darauf aufmerksam, dass die verschobenen Baumaßnahmen sich dadurch nur verteuern und das Bistum die 20%-Förderung einstampfen müsse. Sie fragt, ob der Stadt bekannt sei, dass sie zukünftig auf die 20 %-Förderung vom Bistum verzichten müsse. Sie fragt weiter, in welchem Umfang der Landkreis seinen Teil der Baukosten erstattet hätte und was der Landkreis dazu sage, dass die Stadt durch die Verschiebung auf den Zuschuss des Bistums verzichte.

ESTR'in Glasmeyer teilt vorab mit, dass noch fehlende Antworten schriftlich nachgereicht würden. Sie betont, dass fachlich eine Notwendigkeit zur Umsetzung gesehen worden sei, ansonsten sei dies nicht im Haushalt eingeplant worden. Zur Wahrheit gehöre aber auch, dass eine Umsetzung 2025 nicht dringend erforderlich sei, wenn davon abgesehen werde, dass der Zuschuss des Bistums vermeintlich in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehe. Viele Kitas haben Bestandschutz, auch in der Stadt Bramsche, die den aktuellen Anforderungen nach dem NKiTaG nicht entsprechen. Die Verwaltung hat den politischen Auftrag bekommen, sich im kommenden Jahr einen vertieften Überblick über die einzelnen Kitas zu verschaffen und einen Plan vorzulegen, wie KiTas in den nächsten Jahren in Bramsche für die Zukunft ertüchtigt werden könnten. Dies sei auch unter dem Aspekt der immer knapper werdenden Finanzmittel zu betrachten. Nach einem heutigen Gespräch gehe sie davon aus, dass die Betriebserlaubnis, da es ein Trägerwechsel geben solle, vom Landesjugendamt mitgegangen werden würde, da ansonsten dieser Trägerwechsel nicht möglich sei. Dies werde man im nächsten Jahr sehen. Es stehe außer Frage, dass der KiTa-Standort für die Stadt Bramsche - auch aufgrund der Trägervielfalt und als einzige katholischen KiTa in Bramsche - unverzichtbar sei. Auch sollen mittelfristig die Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher und die Aufenthaltsqualität für die Kinder verbessert werden. Ein entsprechender Fahrplan hierfür werde 2025 erarbeitet. Es sei klar, dass bei Nichtdurchführung der Maßnahme in 2025 es den Bistumszuschuss nicht gegeben werde. Dies sei eine politische Entscheidung gewesen. Die Entwicklung der Baukosten könne nicht abgeschätzt werden.

Eine Bürgerin stellt dar, dass laut Bramscher Nachrichten ein Ratsmitglied gesagt haben solle, dass es in den allermeisten anderen KiTas auch Verbesserungsbedarfe gebe. Sie fragt, ob es aktuell überhaupt eine andere Kita mit einem so konkret kalkulierten Sanierungsbedarf gebe und ob dieser Behauptung eine Bestandsaufnahme zugrunde liege, die den gesetzlich vorgeschriebenen Verbesserungsbedarf aller 18 KiTas erfassen würde.

ESTR'in Glasmeyer betont, dass alle KiTa-Träger mit Gebäuden, die nicht im Eigentum der Stadt Bramsche stünden, angefragt worden seien, ob es Bedarfe für das Haushaltsjahr 2025 gebe. Hier sei ein Antrag eingegangen, der zurückgenommen worden sei, da es eine Nachfrage ihrerseits gegeben habe, ob der Gruppenraum auch für 25 Kinder hergerichtet werden könne. Sie weist darauf hin, dass der größte Engpass zukünftig die Erzieherinnen und Erzieher seien und nicht die Räumlichkeiten, so dass möglichst 25 Kinder betreut werden sollten. Es werde Gesamtüberblick in 2025 erstellt werden, es gebe derzeit keinen aktualisierten Gesamtüberblick aller KiTas. Andere KiTas wünschten auch räumliche Verbesserungen.

Eine Bürgerin bemängelt die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten für die Verpflegung und fragt, ob der Stadt bekannt sei, dass für so viele Kinder so wenig Platz zur Verfügung stehe.

ESTR'in Glasmeyer betont, dass nur in Bezug auf den Mensabereich, dies bekannt sei. Sie weist darauf hin, dass es unterschiedliche pädagogische Konzepte gebe und durchaus in den Gruppenräumen gegessen werde könnte. Sie betont, dass sie immer bei dem Bau von zusätzlichen Räumlichkeiten die Empfehlung aussprechen werde, dass in KiTas keine extra Mensaräume gebaut werden sollten, sondern sie bevorzuge multifunktionale Räume.

TOP 5	Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für steckerfertige Photovoltaikanlagen (Balkonsolarmodule/Balkonkraftwerke) für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bramsche.	WP 21-26/0535-2
-------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

Die von der Verwaltung ausgearbeitete, beigefügte Förderrichtlinie und das Antragsformular werden als Vergabegrundlage für die Fortführung des kommunalen Förderprogramms bzw. für die Gewährung von Zuwendungen für steckerfertige Photovoltaikanlagen/Balkonkraftwerke in Bramsche beschlossen und der Zeitraum für die Antragsstellung wird bis zum 31.03.2025 verlängert.

BD Müller berichtet über die von der Stadt Bramsche auf den Weg gebrachte Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für steckerfertige Photovoltaikanlagen. Hierfür seien bislang nur wenige Anträge eingegangen, sodass der Wunsch bestünde, den Zeitraum auf den 31.03.2025 auszuweiten.

RM Quebbemann bemängelt, dass trotz der begrenzten finanziellen Mittel im Haushalt das Geld vorzugsweise in diese Förderrichtlinie eingebracht werde, anstatt beispielsweise in die Kindertagesstätten. Außerdem stelle er sich die Frage, wie bei der Vergabe der Fördermittel weiter verfahren werde.

BD Müller teilt mit, dass die Anträge bis zum Ende des Förderzeitraums gesammelt würden und dann gegebenenfalls per Losentscheid die Förderung vergeben werde.

RM Sieksmeyer bedankt sich bei der Verwaltung für die Verlängerung des Förderzeitraumes und hält die Förderrichtlinie nach wie vor für sinnvoll.

RM Staas-Niemeyer spricht sich ebenfalls gegen diese Förderrichtlinie aus. Das Geld sei sicherlich an anderer Stelle besser aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: 23 Stimmen dafür
 10 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 6	Entwicklungskonzept Gartenstadt	WP 21-26/0601
-------	---------------------------------	---------------

BD Müller berichtet über das Entwicklungskonzept Gartenstadt. Für die Erarbeitung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts sollen die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden.

Eine mehrstufige Online-Beteiligung, eine mobile Beteiligungsstation sowie themenspezifische Stadtteilspaziergänge seien hierfür vorgesehen. Die Online-Beteiligung werde über die Webseite www.beteiligung-bramsche.de zeitnah angeboten.

Die Auswertung, beziehungsweise die inhaltliche Zusammenführung, werde von einem Kernteam, bestehend aus Stadtentwicklung, Stadtmarketing, Straßenbau und Verwaltungsvorstand etc. ausgeführt. Für eine erfolgreiche Umsetzung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts sei eine enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, der Kommunalpolitik und der Bevölkerung unabdingbar.

RM Quebbemann vermisst in der Vorlage die Kostenaufstellung für die Beteiligungsformate.

Frau Uhlenkamp erklärt, dass bereits vorhandene Infrastruktur genutzt werde. Die Homepage bestehe bereits und werde lediglich mit neuen Inhalten gefüllt und modernisiert. Die Kosten hierfür beliefen sich auf ca. 2.000 Euro, die über „Demokratie Leben“ bezuschusst würden. Die Kosten für die autark und auch für künftige Beteiligungsverfahren einsetzbaren Stelen lägen bei ca. 4.000 Euro.

RM Bergmann verlässt um 19:28 Uhr die Sitzung.

RM Sieksmeyer fragt, wann das Nahversorgungskonzept für die gesamte Stadt Bramsche dem Fachausschuss vorgestellt werde.

BD Müller versichert, dass im Rahmen dieses Entwicklungskonzepts auch das Nahversorgungskonzept thematisch mit eingebaut und dem Fachausschuss vorgelegt werde.

TOP 7	Beantwortung von Anfragen
-------	---------------------------

./.

TOP 8	Anfragen und Anregungen
-------	-------------------------

./.

TOP 9	Einwohnerfragestunde
-------	----------------------

./.

RV Müller schließt die öffentliche Sitzung um 19:29 Uhr.

Winfried Müller
Vorsitzender

BGM Pahlmann
Verwaltung

Bianca Rimann
Protokollführerin